

# STOP EU-MERCOSUR

Position der belgischen EU-Mercosur-Plattform

5. Oktober 2020

**CNCD-11.11.11, 11.11.11, ACV-CSC, ABVV-FGTB, ACLVB-CGSLB, Entraide et Fraternité, Flemish Milk Board, MIG, MAP, Boerenforum, Wervel, Oxfam, Greenpeace, Broederlijk Delen,**

**Attac DG, Miteinander Teilen VoG, CSC Ostbelgien, FGTB Ostbelgien, Aves-Ostkantone VoG, BNVS/Natagora VoG, Verbraucherschutzzentrale VoG, Landfrauenverband - LFV Frauen in Bewegung VoG,**

Am 28. Juni 2019 erzielten die EU und die Mercosur-Länder (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) eine Grundsatzvereinbarung über den Handelsteil des Assoziierungsabkommens EU-Mercosur. Die Verhandlungen über die politischen und kooperativen Aspekte sind noch nicht abgeschlossen. Auch das Handelskapitel ist noch nicht vollständig abgeschlossen: Das institutionelle Kapitel und die Zeitpläne für die Liberalisierung der Investitionen und des Handels mit Waren und Dienstleistungen sind noch nicht fertig gestellt oder veröffentlicht worden. Die provisorischen Texte und einige Anhänge wurden in den Wochen nach Abschluss der Grundsatzvereinbarung veröffentlicht. Sie unterliegen noch der rechtlichen Überprüfung.

Bei der Lektüre der veröffentlichten Dokumente wird deutlich, dass der gegenwärtige Abkommensentwurf eine Reihe von wesentlichen Benchmarks in Bezug auf nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und sozialen Rechte nicht erfüllt. Trotz der vielen Signale aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft in Belgien und anderen europäischen Ländern bleiben die Europäische Kommission und die Arbeitsgruppen des Rates, die die Aushandlung von Handelsabkommen begleiten, taub für jahrelange Kritik an der europäischen Handelspolitik und schließen weiterhin Handelsabkommen ab, bei denen kommerzielle Interessen zu Lasten der Gesundheit, der Menschen- und Arbeitsrechte sowie des Umwelt- und Klimaschutzes im Vordergrund stehen.

**Die belgische EU-Mercosur-Plattform schließt sich der Position ähnlicher Koalitionen in mehreren EU- und Mercosur-Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene an. Sie lehnt den Entwurf des Abkommens EU-Mercosur ab und fordert die Föderalregierung und die Regierungen der Regionen und Gemeinschaften sowie die belgischen Parlamentarier auf, sich gegen dieses Abkommen auszusprechen, das die Europäische Kommission ihnen vorlegen will.**

Zur Unterstützung dieser Position stützt sich die Plattform auf die folgenden Beobachtungen:

- Zu den Mercosur-Ländern gehört der größte Teil des Amazonas-Regenwaldes, der größte tropische Regenwald der Welt, eine Quelle unvergleichlicher Kohlenstoffspeicherung und biologischer Vielfalt und die Heimat von Millionen von indigenen Völkern. Das Überleben des Amazonas-Regenwaldes und seiner Bewohner ist durch die anhaltende Abholzung und Landnahme bedroht, die von der brasilianischen Agrarindustrie gefördert wird, um die wachsende Nachfrage Chinas nach Sojabohnen und Rindfleisch zu decken. In den letzten Jahrzehnten hat auch die Europäische Union durch europäische Importe von Soja, Rindfleisch, Holz und Zellstoff aus dem Mercosur zu dieser Entwaldung beigetragen, die sich auch auf benachbarte Regionen wie den Cerrado und den Chaco erstreckt. Gleichzeitig sind diese Importe schädlich

für die Umwelt und die Lebensfähigkeit der Familien- und bäuerlichen Landwirtschaft in Europa und im Mercosur.

Das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur setzt diesen Auswirkungen auf den Amazonas-Regenwald und den Cerrado kein Ende; im Gegenteil, Vereinbarungen über erhöhte Rindfleisch- und Zuckerimporte aus der Region werden den bestehenden Druck nur noch verstärken. Gleichzeitig untergraben diese erhöhten Importe unsere Umwelt und die Lebensfähigkeit der europäischen Landwirtschaft weiter.

- In Brasilien hat der Machtantritt des derzeitigen Präsidenten Jair Bolsonaro die bestehenden Menschenrechtsverletzungen, Angriffe auf indigene Völker und Missbräuche in Bezug auf die Abholzung der Wälder verstärkt. Im Jahr 2019, dem ersten Jahr seiner Amtszeit als Präsident, nahm die Entwaldung im brasilianischen Amazonasgebiet nach Angaben des Weltraumforschungsinstituts INPE im Vergleich zu 2018 um 85% zu.

Im Januar 2020 veröffentlichte Human Rights Watch einen verheerenden Bericht über Menschenrechtsverletzungen und Polizeigewalt unter Bolsonaro mit nicht weniger als 6.600 Toten, Folterungen von Gefangenen, Verletzungen der Rechte von Kindern, Migranten, Frauen, sexuellen Minderheiten und indigenen Völkern. In seinem Global Labour Rights Index hat der Internationale Gewerkschaftsbund Brasilien in die Liste der zehn Länder aufgenommen, die in Bezug auf die Achtung der Arbeitnehmerrechte am schlechtesten abschneiden. Brasilien hat die IAO-Kernarbeitsnorm 87 zur Vereinigungsfreiheit nicht ratifiziert, aber es respektiert auch nicht die von ihm ratifizierten Normen. Kinder- und Zwangsarbeit, vor allem auf großen Farmen oder in Latifundien, sind große Probleme. Die Fortschritte, die in den letzten Jahren bei der sozialen Entwicklung und den Arbeitnehmerrechten erzielt wurden, sind unter Bolsonaro zunichte gemacht worden.

In diesem Kontext hat die Europäische Union beschlossen, die seit fast 20 Jahren andauernden Verhandlungen abzuschließen, was eine Verschärfung der Rechtsverletzungen befürchten lässt. Denn die Unterzeichnung des Abkommens läuft Gefahr, einer solchen Politik neue Legitimität zu verleihen. Damit beweist die Europäische Union erneut eklatant, dass ihre Handelsagenda nur sehr wenig dazu dient, Menschenrechte zu wahren und den Schutz der Umwelt und der Arbeitnehmer zu garantieren.

- Trotz zahlreicher Proteste ist das Kapitel über nachhaltige Entwicklung im EU-Mercosur-Abkommen nach wie vor schwach ausgeprägt und es fehlt erneut ein verbindlicher Mechanismus mit Sanktionen zu seiner Durchsetzung, so dass die Umsetzung der bereits sehr schwachen Verpflichtungen nicht zwingend ist. Das Kapitel verlangt nicht die Ratifizierung der grundlegenden Arbeitsnormen und - in Ermangelung eines Sanktionsmechanismus - ihre Einhaltung in Gesetz und Praxis. Die Einhaltung der IAO-Normen im Rahmen dieses Vertrags ist jedoch umso entscheidender, als die Gefahr besteht, dass die Produktionsketten innerhalb des Mercosur unterbrochen werden und Tausende von Arbeitsplätzen insbesondere in Argentinien bedroht sind. Besonders enttäuschend ist der Abschnitt über den Kampf gegen die Entwaldung. Sie erschöpft sich in sehr vagen Formulierungen und ohne jeden verbindlichen Wert. Es ist klar, dass die europäischen Unterhändler beschlossen haben, die Frage der Entwaldung und der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen nicht den offensiven europäischen Wirtschaftsinteressen im Wege stehen zu lassen. Der Verweis auf die Einhaltung des Pariser Abkommens über den Klimawandel und die Anwendung des Vorsorgeprinzips als Grundlage für die Regulierung wurde ebenfalls in dieses nicht verbindliche Kapitel aufgenommen. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der Überwachung dieser Abkommen spielen kann. Diese Rolle würde jedoch im institutionellen Kapitel definiert, das noch in Vorbereitung ist.

- Schließlich basiert das agro-industrielle Modell der Mercosur-Länder auf dem massiven Einsatz von GVO, Antibiotika und Pestiziden, darunter auch Pestizide, die in der EU nicht zugelassen sind und oft illegal produziert werden. Diese Praktiken haben sehr negative Auswirkungen auf die Umwelt und auf die lokale Bevölkerung, die im Allgemeinen eine nachhaltigere Landwirtschaft betreibt, wie z.B. Agroforstsysteme. Auf der anderen Seite wurden die Grenzkontrollen für Importe nach Europa verringert, um den Handel zu erleichtern und die Handelskosten zu senken, wodurch die Möglichkeit der Aufdeckung und Behebung von Schäden verringert wird. Das Handelsabkommen enthält einen Verweis auf das Vorsorgeprinzip als Grundlage für Vorschriften über Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit, aber dieser Verweis ist im nicht verbindlichen Kapitel über nachhaltige Entwicklung enthalten und bringt daher keine Verpflichtungen mit sich. Konkret führt diese Art von Abkommen dazu, dass unsere Landwirtschaft mit einer Produktion konkurriert, die nicht den strengen Normen entspricht, die den europäischen Landwirten auferlegt werden. Das bedeutet unlauterer Wettbewerb, der unweigerlich zu einem Abwärtsdruck auf bereits zu niedrige Preise (insbesondere im Rindfleischsektor) führen wird.